

Anlässlich der [Sendung „Stammtisch“](#) kommentiert **Marcus Klöckner** [hier](#) den Umgang von Politikern mit Propaganda. Bekannt sei, dass Politik Bürger der Propaganda aussetze. Eine Stelle in der Fernsehsendung mit der CSU-Politikerin Dorothee Bär als Gast lasse jedoch den Verdacht aufkeimen, dass Politiker sich selbst in Propaganda verfangen und ihr unterliegen. Im Hinblick auf die Frage von Krieg und Frieden sei das nicht lustig, sondern gefährlich. Wir haben dazu interessante Leserbriefe bekommen und bedanken uns dafür. Hier nun eine Auswahl. Zusammengestellt von **Christian Reimann**.

1. Leserbrief

Lieber Herr Klöckner,

beim Lesen Ihres Artikels musste ich an eine Aussage Hannah Arendts im Gespräch mit Günter Gaus aus dem Jahre 1964 denken:

“[...] Aber daß es im Wesen dieser ganzen Sachen liegt, daß man sich sozusagen zu jeder Sache etwas einfallen lassen kann, das sehe ich immer noch so. Sehen Sie, daß jemand sich gleichschaltete, weil er für Frau und Kind zu sorgen hatte, das hat nie ein Mensch übelgenommen. Das Schlimme war doch, daß die dann wirklich daran glaubten! Für kurze Zeit, manche für sehr kurze Zeit. [...] Sie gingen ihren eigenen Einfällen in die Falle, würde ich heute sagen. Das ist das, was passierte. [...]”

Liebe Grüße,
Matthias Müller

2. Leserbrief

“....

Man möchte nicht, dass Russland immer weiter nach Westen wandert“....sagt csU Politikerin Bär.

Russland nach Westen wandert? Die russische Armee? Nach Westen? Die Rote Armee ist schon einmal nach Westen gewandert, bzw. marschiert. War das nicht 1944? Warum das ? Sonntagsausflug ?

Wie dieses Spiel funktioniert, Politiker erzählen Lügen-Propaganda, lesen diese dann in den Medien und sind dann noch überzeugter als zuvor.

Wie das so funktioniert, das hat Karl Kraus schon vor 100 Jahren dargelegt. Nichts Neues unter der Sonne.

Georg Lichtenberg

3. Leserbrief

Liebe NDS, Marcus Klöckner,

Ihre Analyse ist sehr treffend und genau! Alle bekannten Medien, auch die ÖR verbreiten unter dem Begriff Journalismus Propaganda, wobei vielen dieser „Journalisten“ dies gar nicht mehr bewusst ist. Und Politiker übernehmen diese „propagandistischen“ Aussagen, was sich dann zu einer „scheinfaktischen Realität“ verklärt, aus der politisch wichtige oder gefährliche Entscheidungen getroffen werden.

Es gab nie einen russischen, aggressiven Angriffskrieg gegen die Ukraine! Aber es gab im Feb 2014 einen mit 5 Mrd Dollar finanzierten, westlichen, aggressiven Putsch gegen eine demokratisch gewählte Regierung in Kiev und danach einen acht Jahre währenden brutalen Angriffskrieg ukrainischer NAZI-Bataillone gegen die russisch-stämmige und sprechende Bevölkerung der Ukraine, zu deren Schutz Russland die Militärische Sonderoperation im Feb 2022 eingeleitet hat, nachdem achtjährige diplomatische Verhandlungen vom Westen, der EU und besonders Deutschland blockiert wurden.

Ein professioneller Politiker glaubt nicht, was man in den Medien erfährt. Leider beziehen viele „Politiker“ in Deutschland naiverweise Fake News aus den Medien und halten sie für die Wahrheit. Das kann eine Hausfrau machen, aber nicht eine professionelle Politikerin, die in Verantwortung steht!

Die meisten Politiker/innen können noch nicht einmal kritisch denken und hinterfragen, weil sie einen extrem schlechten, fachlichen Background besitzen. Sie sind und präsentieren sich einfach „kindlich-naiv“.

Das einzige Interesse, dass die russische Führung jemals an der EU und an Deutschland gezeigt hat, war der Wunsch einer geschäftlich-basierten, friedlichen Zusammenarbeit mit

der EU und Deutschland. Glaubt wirklich jemand ernsthaft, dass Russland diesen “geistigen Kindergarten Deutschland” je besetzen wollte oder will?

Von unserem Leser R.O.

4. Leserbrief

Sehr geehrter Herr Klöckner,

keine 4 Tage her, da ich genau zu dem Thema auch mal wieder eine Diskussion im TP Forum hatte.

Als Beleg für Russlands Expansionsdrang führte man folgenden Artikel an deutschlandfunkkultur.de/stephan-wackwitz-putin-russland-ukraine-100.html

zentrales Zitat zu der Expansionsthese:

„Wir haben damals nicht zugehört“, sagt Wackwitz. Putin habe immer gesagt, was er vorhat. „Er hat ja gesagt, die Auflösung der Sowjetunion war die zentrale Katastrophe des 20. Jahrhunderts.“

Ja das hat Putin gesagt, was hier aber kontextmäßig ausgelassen wird, Putin hat dazu auch gesagt:

Wer die Sowjetunion nicht vermisst, hat kein Herz. Wer sie sich zurückwünscht, keinen Verstand.

(Quelle zum Zitat: n-tv.de/politik/Putin-Wir-wollen-die-UdSSR-nicht-zurueck-article16616201.html)

Das 2te Zitat, ändert den Kontext des ersten Zitats ja dann doch dramatisch und es würde mich nicht wundern, wenn es auch in Deutschland viele Menschen gibt, die ähnlich auf die DDR/Sowjetunion zurückblicken.

Jedenfalls wollte ich das nur ergänzen, denn um Propaganda bekämpfen zu können, muss

man ja auch wissen, wo diese herkommt und in diesem Fall kommt man halt immer wieder bei diesem ersten Zitat an, das bewusst nicht kontextualisiert wird.

mfg
Ronny Dietzsch

5. Leserbrief

Danke, Herr Klöckner,

„Was würde man selber als Mutter akzeptieren? Das eigene Kind an die Front zu schicken? Das ist doch völlig klar, dass das Diskussionen sind, die in jeder Familie genau so geführt werden, weil jeder sagt, man opfert sein Kind doch nicht als Kanonenfutter.“

- [BR-Sendung „Stammtisch“: Wenn Politiker selbst der Kriegspropaganda unterliegen](#)

Sarkasmus an.

Wir haben doch eine Parlamentsarmee. Also sollten Parlamentarier aller Parlamente, die sich für Aufrüstung und Krieg ausgesprochen haben, mit gutem, mit bestem, Beispiel vorangehen, und sich samt Nachwuchs ad hoc für den Kriegsdienst zur Verfügung stellen. Führen durch Vorbildfunktion.

Jedenfalls in früheren Zeiten hat sich der Adel gerne zur Armee gemeldet.

Sarkasmus aus.

Eigentlich das, was ich immer sage:

Wenn Politiker, die gesetzliche Krankenversicherung in Anspruch nehmen müssten, in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen müssten, oder ausschließlich öffentliche Verkehrsmittel in Anspruch nehmen müssten, wären diese herunter gesparten Systeme in dramatisch besserem Zustand. Kein Politiker würde sich diesen Zustand zumuten lassen.

Ebenso, wenn Kriegsbefürworter primär sich selbst oder mindestens einen Sohn oder eine

Tochter für den Kriegsdienst bereitstellen müssten, Dann wäre sehr schnell „Schluß mit lustig“! Siehe obiges Bär-Zitat.

Oder wie der römische Publius Cornelius Tacitus ausführte:

„Nichts erhält die Gesetze so wirksam, wie ihre Anwendung gegen hochgestellte Personen.“

Jeder Politiker soll verpflichtet werden, die Suppe auszulöffeln, die er gerne vorzugsweise anderen einbrockt, während er sich selbst seit Jahrzehnten vornehm ausnimmt - darum sollte Tacitus Aussage gerne analog auf jegliches Verwaltungshandeln angewendet werden!

Freundliche Grüße
Lothar Glück

6. Leserbrief

Sehr geehrter Herr Klöckner,

eine Anmerkung zu Ihrem Beitrag "BR-Sendung „Stammtisch“". Sie schreiben, dass die NATO Osterweiterung Realität ist. Das ist korrekt. Richtig ist aber auch, dass die These, dass es ein Versprechen an die sowjetische Führung gegeben habe, die NATO nicht zu erweitern, das gebrochen worden sei, eine Legende ist. Sie ist vielfach widerlegt worden. Die Zusicherungen des damaligen US-Außenministers James Baker waren mit Washington nicht abgesprochen, das angebliche „Versprechen“ wurde nirgendwo verbindlich fixiert und Michail Gorbatschow versicherte 1990, dass die Staaten Ostmitteleuropas das Recht hätten, sich um Aufnahme in die NATO zu bemühen. Die kürzlich erschienene umfassende Studie der Historikerin Mary Sarotte zeigt, wie kompliziert das Ringen um eine europäische Sicherheitsordnung Ende der 1980er Jahre und in den 1990er Jahren war. Weder in Washington noch in Moskau bestand in dieser Frage zu Beginn der 1990er Jahre Einigkeit. Während Gorbatschow 1990 das Recht auf freie Bündniswahl auch eines wiedervereinigten Deutschlands betonte, waren seine Berater darüber entsetzt.

Mit den baltischen Staaten traten 2004 zum ersten Mal Staaten der NATO bei, die bis 1991 Teil der Sowjetunion gewesen waren. Putin reagierte gelassen: Auch wenn er diesen Schritt nicht befürwortete, so stellte er in einem Radio-Interview von 2001 klar, dass man Staaten

im Hinblick auf ihre sicherheitspolitischen Entscheidungen keine Vorschriften machen könne. Das widerlegt die These, dass nach einem Aktions-Reaktions-Modell die NATO-Osterweiterung zu Russlands Angriffskrieg geführt habe.

Das sollte man in der Betrachtung mit berücksichtigen.

Freundliche Grüße
Martin Boremann

7. Leserbrief

Sehr geehrter Herr Klöckner,

anscheinend verfängt die Propaganda, die auch schon bald seit achtzig Jahren läuft, das Deutschland wieder Militärisch wer sein muss.

Traurig das so viele darauf hereinfallen.

Ich lese gerade das Buch Kino der Angst von Peter Bürger wieder.

Das steht eine Menge zu den Bemühungen durch Filme die Menschen in eine bestimmte Richtung zu lenken, wie z.b. das der zweite Weltkrieg der "beste Krieg aller Zeiten" ist, weil die Guten und die Bösen so eindeutig zu benennen sind.

Schon früh nach diesem Krieg gab es Filme die die Schuld am Krieg und den ganzen Morden auf einige wenige Nazis beschränkten.

Ein anderes interessantes Beispiel im Buch die Wahrheit über die Wehrmacht zu unterdrücken ist folgendes zur Ausstellung »Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944«:

Ein halbes Jahrhundert nach Kriegsende bricht die Ausstellung »Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944« ein hartnäckiges Tabu, in dem sie das deutsche Militär nicht länger vom verbrecherischen NS-System abspaltet. Die systematische Beteiligung der Streitkräfte am Völkermord kommt unmissverständlich zum Vorschein. Die ehrwürdige Wehrmacht selbst, größte Organisation im NS-Staat, wird als operierender Täter vorgestellt. In ihrem Einsatzbereich, so erfährt man endlich, sind allein zwei Millionen Juden ermordet worden! Im Kampf gegen diese traurige Wahrheit der Geschichte werden

dann vor allem der Begriff »Ehre« und schließlich Recherchen zu einigen irrtümlichen Fotozuschreibungen mobilisiert. Konservative und Rechtsextremisten laufen Sturm und verhindern an manchen Orten - so in Düsseldorf die CDU im Einklang mit den Republikanern - das Ausstellungsprojekt.

Auch die vielfach gerühmte Debatte im Bundestag erzielt als Stellungnahme keinen Klartext, der dem historischen Forschungsstand gerecht würde. Indessen scheint eine an Hitlers Streitkräften orientierte »Traditionspflege«, wie sie jährlich Gebirgsjäger aus kriegsverbrecherischen Wehrmachtsdivisionen und aus der Bundeswehr im ober-bayrischen Mittenwald betreiben, im Militär heute immer weniger Tabu oder Anlass für Disziplinarmaßnahmen zu sein. Eine Kaserne im niedersächsischen Visselhövede und das an der Donau stationierte Jagdgeschwader 74 der Bundeswehr waren bis Januar 2005 nach Werner Mölders (+ 1941) benannt, dem höchstdekorierten Offizier in Hitlers Luftwaffe. Hartes Vorgehen der Polizei gilt seit Jahren eher antifaschistischen Gruppen, vor deren Protest Neonazi-Aufmärsche »geschützt« werden sollen.

friedensbilder.de/kriegsfilme/Buch-KINO%20DER%20ANGST-2-Auflage%2016%2010%202006.pdf

Mit freundlichen Grüßen
A.Haack

8. Leserbrief

Lieber Herr Klöckner,

dass Politiker das, was sie sagen, auch selbst glauben, kommt vor, insbesondere wenn sie es mit der nötigen Raffinesse wie Frau Bär - leicht naiv, mit viel Empathie und Authentizität, etwas selbstzweifelnd, mindestens abwägend, in der Aussage letztlich undeutlich - vortragen. Unstrittiger Meister dieser Technik der Überredung ist im übrigen wohl Robert Habeck. Diese Art der Kriegspropaganda kommt wahrscheinlich gut an, was einem dann schon Angst machen kann.

Sie reiht sich ein in den medialen Dauer"beschuss", Deutschland müsse sich für einen Krieg gegen Russland rüsten. Ein erschreckendes Beispiel und für mich trauriger Höhepunkt war das heute Journal von gestern (19.3.2025, 21.45 Uhr). Von Beginn an ging es über 15 Minuten lang nur um das Thema Aufrüstung, vor allem um die diesbezügliche Strategie der EU-Kommission. Daraus einige Auszüge:

- Bereits in der ersten Minute die Einschätzung der Moderatorin Marietta Slomka: “Die Europäer rechnen damit, dass Russland in wenigen Jahren auch EU-Länder angreifen wird, wenn Putin den Ukraine-Krieg für sich als erfolgreich verbuchen kann.” Über den Sinn der Einschränkung des Nebensatzes könnte man im übrigen ausführlich spekulieren.
- Der Vorsitzende des EU-Militärausschusses, General Robert Brieger, kam mit einem Hinweis auf die Wehrbereitschaft der europäischen Bevölkerung zu Wort. “Es geht auch um eine mentale Umstellung, abgesehen von allen materiellen ... Voraussetzungen.”
- Weiter ging es mit einem längeren Interview mit dem EU-Kommissar für Verteidigung Andrius Kubilius, der nochmal die Strategie der EU verkündete: Um einen Krieg zu vermeiden, müsse Europa darauf vorbereitet sein. Als älterer Zeitgenosse höre ich daraus: Kalter Krieg! Die Geschichtsvergessenheit unserer Politikerkaste ist wirklich unfassbar. Als gäbe es auf wirklich oder vermeintliche Bedrohungen keine andere Antwort als Abschreckung. Verhandlungen kommen diesen Typen nicht in den Sinn, obwohl der große Bruder USA gerade genau das vormacht. Interessant wurde die Antwort des EU-Kommissars, als Frau Slomka einwarf, dass nicht alle Länder in Europa an die Bedrohung durch Putin glauben. Der Alarm würde von den europäischen Geheimdiensten, u.a. auch den deutschen, angestimmt und es wäre unverantwortlich dem nicht zu folgen. Mit Geheimdienstinformationen gigantische Rüstungsausgaben zu begründen, erscheint mir geradezu surreal.
- Der wirklich traurige Höhepunkt war dann aber die Berichterstattung (oder so etwas Ähnliches) über eine mögliche Umstellung der deutschen Fahrzeugindustrie auf Rüstungsproduktion. Bezug war das VW-Werk Osnabrück, das offenbar in den Focus von Rheinmetall gerückt ist. Und dann wurde es ganz schlimm; in Wort und Bewegtbild wurde erklärt, dass VW ja mit den Kübelwagen schon im Zweiten Weltkrieg und dann danach die Bundeswehr ausgerüstet habe. Tenor: Das geht auch heute: “In Niedersachsen wird das neue Munitionswerk von Rheinmetall in Windeseile hochgezogen. Plötzlich funktioniert das: Deutschland und Tempo.” Kommentar von Prof. Moritz Schularick, Präsident Kiel Institut für Weltwirtschaft: “Wir werden alle überrascht sein, was da alles möglich ist. Das ist auch etwas, was wir aus der Vergangenheit wissen, wenn wir an die Flugzeugproduktion etwa im Zweiten Weltkrieg denken. Da kann man sehr schnell sehr viel hochfahren, wenn man die entsprechenden Prioritäten setzt.”

Dass ein angesehenener Wirtschaftswissenschaftler unseres Landes die Rüstungswirtschaft der Nazis im Zweiten Weltkrieg als Maßstab oder Vorbild anführt, hat mit glatt die Sprache verschlagen. Nachdem ich meine Sprache wieder habe, so viel: Dieser Herr Professor meint die Vergangenheit zu kennen, aber offensichtlich, was die Rüstungsproduktion im Zweiten Weltkrieg angeht, nur den Output, nicht die Bedingungen, unter denen dieser zustande kam: mehr als 25 Millionen Zwangsarbeiter, Zivilisten und Kriegsgefangene, von denen viele die Zwangsarbeit nicht überlebten, Kriegsgefangene aus der Sowjetunion überwiegend nicht, aus den westlichen Ländern die meisten. Die „Masters of War“, wie Bob Dylan sie nannte, gingen buchstäblich über Leichen. Ferdinand Porsche, der Gründer des VW-Werks, gehörte zu ihnen. Wenn jemand im deutschen Fernsehen sagen darf, was Herr Schularick sagt, ohne dass es kommentiert oder dem widersprochen wird, dann ist das eigentlich ein Skandal.

Warum ich das an dieser Stelle schreibe: Sorgen machen mir solche Kriegspropagandisten wie Frau Bär eigentlich nicht. Sie sind letztlich durchschaubar und irgendwie auch zuweilen ehrlich. Vielmehr Sorge bereiten mir die anscheinend nüchternen Wissenschaftler und Technokraten, die jetzt - von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen - die Umstellung unseres Leben auf Krieg in allen nur denkbaren Bereichen unseres Lebens planen und umsetzen, angefangen von der Wehrrertüchtigung in den Kitas und Schulen bis zur Umwidmung der Krankenhäuser in Lazarette. Die Umstellung unserer Wirtschaft auf Kriegswirtschaft ist nur eine Facette davon. Und es gut sich daran zu erinnern, dass es diese - ich nenne sie - Technokraten waren, die die Etablierung des Nazi-Regimes begünstigt und deren anfänglichen Kriegserfolge maßgeblich mitbewirkt haben. Frei nach dem Motto: Es muss und wird funktionieren, egal wozu und auf wessen Kosten.

Viele Grüße
Dr. Ulrich Zumdick

Anmerkung zur Korrespondenz mit den NachDenkSeiten

Die NachDenkSeiten freuen sich über Ihre Zuschriften, am besten in einer angemessenen Länge und mit einem eindeutigen Betreff.

Es gibt die folgenden E-Mail-Adressen:

- [leserbriefe\(at\)nachdenkseiten.de](mailto:leserbriefe@nachdenkseiten.de) für Kommentare zum Inhalt von Beiträgen.

- [hinweise\(at\)nachdenkseiten.de](mailto:hinweise@nachdenkseiten.de) wenn Sie Links zu Beiträgen in anderen Medien haben.
- [videohinweise\(at\)nachdenkseiten.de](mailto:videohinweise@nachdenkseiten.de) für die Verlinkung von interessanten Videos.
- [redaktion\(at\)nachdenkseiten.de](mailto:redaktion@nachdenkseiten.de) für Organisatorisches und Fragen an die Redaktion.

Weitere Details zu diesem Thema finden Sie in unserer „[Gebrauchsanleitung](#)“.